



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und Fraktion (SPD)

### Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm zukunftsfähig gestalten im Dialog mit Bürgern und Verbänden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die beabsichtigte Änderung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) bezüglich der Zentralen Orte zum Anlass zu nehmen für einen breit aufgestellten Bürger-, Experten-, Kommunal- und Verbändedialog als Grundlage für die Bewältigung der Herausforderungen Bayerns in den nächsten Jahrzehnten.

Dieses Dialogverfahren soll eventuellen Änderungen des LEP vorgeschaltet werden und folgende kennzeichnende Überschriften umfassen:

Gesamtgesellschaftliche Beteiligung, Nutzung aller Kompetenzen, Transparenz und klare Priorisierungen konkurrierender Staatsziele.

Die Dialogforen, die jeweils auf Bezirksebene stattfinden sollen, müssen folgende Themen abhandeln:

- a) Starke Wirtschaftsregionen: Welche Standortanforderungen und Standortqualitäten sowie Ansiedlungsanreize sind für starke Wirtschaftsregionen erforderlich?
- b) Klimagerechte Regionen: Wie sind die Raumnutzungskonkurrenzen im Zuge der Energiewende zu lösen? Wie lassen sich die CO<sub>2</sub>-Einsparziele erreichen?
- c) Flächennutzung: Wie lassen sich der Flächenverbrauch vermeiden, die Innenentwicklung stärken und die Entwicklungspotenziale kleiner Orte ausschöpfen?
- d) Lebensqualität und Versorgung überall in Bayern: Welche Rolle übernehmen die Zentralen Orte als Entwicklungsmotoren der Regionen? Wie müssen sie dafür ausgestattet werden?
- e) Nachhaltiges Bayern: Wie ist das Spannungsfeld von Naturschutz, Naherholung, Tourismus und Siedlungsentwicklung zu lösen?
- f) Demografiefestes Bayern: Welche veränderten Anforderungen an die Infrastruktur entstehen durch die alternde Bevölkerung?

Erst nach diesen Dialogforen soll ein geändertes LEP dem Landtag vorgelegt werden.

### Begründung:

Das in der letzten Legislaturperiode verabschiedete LEP wurde von allen Seiten als unvollständig, nicht zielführend und generell verbesserungswürdig betrachtet, da es ohne ausreichende Beteiligung der Bevölkerung und Experten entstanden ist. Anstatt jetzt, wie von Finanzminister Dr. Söder geplant, die Beteiligungsrechte noch weiter einzuschränken und nur an einzelnen Punkten kleine Änderungen zu machen, sollte der Sinn und Zweck eines LEP als raumordnerische und gestalterische Vision des zukünftigen Bayerns ernst genommen und die Bürgerbeteiligung endlich in die Tat umgesetzt werden.